

dbb – Jahrestagung 2018

Digitalisierung müsse von Gewerkschaften und Personalräten sorgfältig begleitet werden! Einheitsversicherung weder erstrebenswert noch verfassungsfest!

Bei der dbb - Jahrestagung hat der dbb – Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die Politik zu einem Pakt für Digitalisierung aufgerufen. Für eine sichere, ganzheitliche digitale Strategie müsse es ein Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen geben. Gerade in der Umstellungsphase auf digitalisierte Prozesse steige die Arbeitsbelastung, daher sei eher mehr als weniger Personal erforderlich. Ohne die Erfahrung der Praktiker vor Ort könne die Digitalisierung nicht gelingen. Zudem gelte es mit Hilfe von Personal- und Betriebsräten den Gefahren der Entgrenzung von Arbeit und Freizeit entschieden entgegen zu treten!

In Gesprächen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung wies vbba – Gewerkschaftschef Waldemar Dombrowski darauf hin, dass die sogenannten Synergien überschätzt beziehungsweise bewusst hoch gerechnet werden, um die Investitionskosten für Digitalisierungsprojekte zu rechtfertigen. Dabei müsse die IT dem Menschen dienen und nicht umgekehrt!

Silberbach sprach zudem auf fehlendes Personal in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Dienstes an, hier sei Gefahr in Verzug!

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Bürgerversicherung erteilte Staatssekretär Hans-Georg Engelke (BMI) dieser eine klare Absage. Eine Einheitsversicherung im Gesundheitswesen, der auch Beamtinnen und Beamte angehören sollen, ist mit Blick auf die Erfahrungen im Ausland nicht erstrebenswert. Da die Beihilfe integraler Bestandteil des Beamtenverhältnisses sei, stelle sich zudem die Frage der Verfassungsfestigkeit einer solchen Einheitsversicherung.

An der Jahrestagung wirkten u.a. auch Boris Palmer (Oberbürgermeister von Tübingen), Christian Lindner (FDP), Lutz Lienenkämper (Finanzminister NRW) und Arne Schönbohm (Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik) mit.

Im Rahmen der Veranstaltung machten die dbb-Vertreter mit Blick auf die anstehende Einkommensrunde deutlich, dass die Bezahlung stimmen müsse, um die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes zu erhöhen. Dazu gehöre auch die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen.

Neben Waldemar Dombrowski gehörten der vbba-Delegation Petra Zang (LGR BY), Harald Kirchner (stellvertretender Bundesvorsitzender) und Steffen Grabe (LGR SAT) an. Sie nutzen die gleichermaßen interessante und lebendige Veranstaltung zur wichtigen Netzwerkarbeit. Dabei trafen sie auch auf Kollegin Cosima Eberius (LGR Hessen), die der hessischen dbb-Delegation angehörte.